

----- Original Message -----

From: Kai Fassbender

To: h.gille@t-online.de

Sent: Thursday, August 13, 2009 8:16 AM

Subject: Beschluss BoA

Sehr geehrter Herr Gille,

anbei erhalten Sie den Beschluss des SPD-Ortsvereins Bergheim aus dem Jahr 2004 zum o. g. Betreff.

Eine von mir und Herrn van den Berg im Nachgang erarbeitete Stellungnahme werde ich Ihnen in Kürze zukommen lassen.

Ich weise darauf hin, dass Herr Horst Adler auch unmittelbar nach Ihrem Schreiben mit Herrn Keulertz Kontakt aufgenommen hatte und diesen zu einer Fraktionssitzung der SPD eingeladen hatte. Offensichtlich ist diese Einladung nicht angekommen. Außerdem habe ich in meiner Funktion als Bürgermeister-Kandidat allen Vereinen, so auch Big Ben, das Angebot unterbreitet, dass ich auf Wunsch jeden Verein persönlich besuche. Abschließend noch der Hinweis, dass wir am 26.08.09 um 19 Uhr im Pfarrsaal von Rheidt-Hüchelhoven eine Bürgerversammlung durchführen.

Hoffend Ihnen mit diesen Angaben soweit gedient zu haben, verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kai Faßbender

Dr. Kai Faßbender

Vom-Stein-Str. 32

50126 Bergheim

Tel.: 0 22 71 - 49 80 80

Fax.: 0 22 71 - 49 80 82

mobil: 0177 - 56 38 63 3

----- Original Message -----

From: "Kai Fassbender" <kaifassbender@t-online.de>

To: <h.gille@t-online.de>

Sent: Thursday, August 13, 2009 5:17 PM

Sehr geehrter Herr Gille,

anbei noch mal das Papier aus dem Jahr 2007, das sicherlich an der ein oder anderen Stelle nochmals aktualisiert werden müsste.

Wichtig:

Bevor Niederaußem erneuter Standort wird, sollen alle anderen Möglichkeiten erneut und belastbar überprüft werden.

Viele Grüße

Faßbender

Dr. Kai Faßbender

Vom-Stein-Str. 32

50126 Bergheim

Tel.: 0 22 71 - 49 80 80

Fax.: 0 22 71 - 49 80 82

mobil: 0177 - 56 38 63 3

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: franz.muentefering.ma03@bundestag.de

[mailto:franz.muentefering.ma03@bundestag.de]

Gesendet: Donnerstag, 13. August 2009 08:33

An: spd-fraktion@bergheim.de; kai.fassbender@abfall-mb.de

Betreff: Unser Kraftwerkspapier

Hallo Kai,

Habe es gerade doch noch Online über unsere Webseite gefunden.

Lieber Gruß aus dem Zug nach Herne

Guido

Guido van den Berg

(Referent von Franz Müntefering MdB)

Unter den Linden 50 - 11011 Berlin

Fon: +49 (30) 227 74 117

Fax: +49 (30) 227 76 100

Mobil: +49 (163) 39 19 001

www.franz-muentefering.de



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Bergheim

Bergheim-Hüchelhoven,
13. September 2004

Beschluss der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsverein Bergheim

Der SPD-Ortsverein Bergheim begrüßt ausdrücklich das Kraftwerkserneuerungsprogramm durch RWE Power.

Damit hat die heimische Braunkohle nach wie vor Zukunft im Energiemix der Bundesrepublik. Die SPD Bergheim bekennt sich ausdrücklich zur Braunkohle als Energieträger. Durch das Kraftwerkserneuerungsprogramm werden die bestehenden Belastungen durch Schadstoffe erheblich verringert, wenn gleichzeitig Altanlagen stillgelegt werden.

Die SPD Bergheim setzt sich dafür ein, dass neue Kraftwerksblöcke nur auf dem bisherigen Kraftwerksgelände errichtet werden.

Unter Berücksichtigung der Vorleistung durch den Bau des ersten BoA-Blocks erwarten die Menschen in Niederaußem eine Stilllegung bzw. einen Abbau von bestehenden Alt-Anlagen am bisherigem Standort Niederaußem spätestens nach der vollständigen Inbetriebnahme der geplanten zwei neuen BoA-Blöcke in Neurath.

Anschrift

SPD Ortsverein Bergheim
Dr. Kai Faßbender
Vom-Stein-Str. 32
50126 Bergheim

Telekommunikation

Telefon: 02271/498080
Telefax: 02271/498082
Internet: www.spd-bergheim.org
E-Mail kai.fassbender@t-online.de

Bankverbindung

Kreissparkasse Köln
Konto 0142270222
BLZ 370 502 99



Guido van den Berg
Vorsitzender der Rhein-Erft SPD
Mitglied im Regionalrat Köln

Dr. Kai Fassbender
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Kreisstadt Bergheim

Vorschläge für Eckpunkte zum Änderungsverfahren des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) zur Kraftwerkserweiterung am Standort Niederaußem

(Stand: 09.03.2007)

Die Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis stehen zur Energieerzeugung aus heimischer Braunkohle. Sie wissen, dass dieser nationale und wettbewerbsfähige Energieträger von herausragender Bedeutung für die Energiesicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist. Die SPD hat zahlreiche Aufgaben politisch umgesetzt und begleitet um die Entwicklung des linksrheinischen Reviers mit vielen tausend Arbeitsplätzen, im Bergbau und in der Energieerzeugung, zu sichern: Umsiedlungen, Planungsarbeiten, Braunkohlenpläne, Garzweiler II sowie das Kraftwerkserneuerungsprogramm.

Heute wollen wir unseren Beitrag zum aktuellen Ziel der EU-Mitgliedstaaten leisten, bis 2020 insgesamt 20 Prozent weniger klimaschädliche Treibhausgase auszustoßen. Die zwischen der RWE Energie AG, der Rheinbraun AG und der Landesregierung am 20.10.1994 geschlossene Vereinbarung zur Kraftwerkserneuerung ist hierbei ein wesentlicher Beitrag.

Das nun anstehende Änderungsverfahren zur Errichtung neuer Kraftwerksblöcke am Standort Niederaußem, sollte die SPD nutzen, um die Entwicklung unserer Energieregion nachhaltig zu sichern und die Verantwortung des Bergbautreibenden und Energieerzeugers für das Revier einzufordern. Gleichzeitig wollen wir die Belastungen für die Bevölkerung minimieren. Zu diesem Zweck formulieren wir die nachfolgenden Vorschläge für Eckpunkte der SPD:

1. Kraftwerkstechnologie nur mit neuester Technik

Wir setzen uns dafür ein, dass in unserem Revier die modernsten Kraftwerksanlagen auf Braunkohlebasis im weltweiten Maßstab entstehen. Hierbei setzen wir besonders darauf, dass die jeweils modernste und großtechnisch machbare Technologie zum Einsatz kommt. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei insbesondere auf der Vergasungstechnologie, weil hierdurch mittelfristig die multioptionale Nutzung von Braunkohle für verschiedenste Endprodukte möglich wird. Dies bedeutet eine zukunftsweisende Perspektive für die Grundstoff- und chemische Industrie der Region. Wir fordern nachdrücklich, dass RWE die Anstrengungen in Forschung und Entwicklung für diese Optionen, welche fälschlicherweise Ende der 80er Jahre eingestellt wurden, wieder aufnimmt. Die Bundes SPD hat beschlossen, bereits ab 2015 ausschließlich noch CO₂-arme Kraftwerke als Neubauten zuzulassen. Es ist zu überprüfen, ob ein modernes CO₂-armes Kraftwerk nicht bereits bei den nächsten Kraftwerksprojekten in Niederaußem realisiert werden kann. Der Vorteil eines

Integrated Gasification Combined Cycle (IGCC) Kraftwerk besteht vor allem in einer hohen Brennstoff und Produktflexibilität. So wird es langfristig möglich, neben Kohle auch Biomasse, Reststoffe oder Erdgas einzusetzen. Neben der CO₂-armen Strom- und Wärmeerzeugung wird durch diese Technologie auch die Lieferung von Wasserstoff, Synthesegas, synthetischem Erdgas, Methanol oder Treibstoffen als Erdölersatz möglich.

2. Klarer Zeitplan für „Neu für Alt“

Nicht nur das Unternehmen braucht Planungssicherheit, sondern auch die Bevölkerung vor Ort. Gerade der Umstand, dass in der Vergangenheit faktisch keine Entlastung am Standort Niederaußem stattgefunden hat, obwohl hier der erste neue BoA Block entstand, hat zu einem tiefen Misstrauen geführt. Die Bevölkerung wünscht sich, dass auch vor Ort der Grundsatz „Neu für Alt“ eingehalten wird. Die SPD sollte von RWE verlangen, dass die 150- und 300-MW-Blöcke am Standort Niederaußem spätestens im Jahr 2012 vom Netz genommen und zurück gebaut werden. Nur so kann neues Vertrauen für den Kraftwerkserneuerungsprozess gewonnen werden.

3. Ordentliche Prüfung aller Alternativ-Standorte

Kraftwerksneubauten der BoA-Klasse oder auch erste Vergasungskraftwerke vom Kobra-Typ sind gewaltige Investitionsvorhaben, die nicht durch unrealistische Planungsvorgaben gefährdet werden dürfen. Umgekehrt muss bei derartigen Großvorhaben sorgfältigst geprüft werden, wie Belastungen für die Bevölkerung minimiert werden können. Hierzu gehört der Verzicht auf unnötige oder substituierbare Betriebsanlagen, die Minimierung der beanspruchten Fläche sowie die vorurteilsfreie Überprüfung alternativer Standorte. Gerade weil das Kraftwerk Niederaußem für die Bevölkerung von Bergheim und Pulheim besondere Belastungen bedeutet, sollte die SPD sich dafür einsetzen, dass auch ein alternativer Standort am Bandanlagendrehpunkt Jüchen, im Tagebau Garzweiler geprüft wird. Der Vorteil eines solchen Standortes wäre eine Reduktion der Verkehrswege für die Kohle, sowie eine Positionierung der Kraftwerksanlagen an einer Stelle, an der kaum Belastungen für die Bevölkerung entstehen. Die SPD sollte von RWE erwarten, dass solche Alternativen belastbar geprüft werden, Investitionskosten verglichen werden und mit der gesamten Investition ins Verhältnis gesetzt werden. Zusätzliche BoA-Blöcke oder moderne Kobra-Anlagen bzw. CO₂-arme Kraftwerke in Niederaußem finden nur dann die Zustimmung der SPD, wenn der Nachweis erbracht wurde, dass kein anderer Standort sinnvoller ist.

4. Kraftwerksblöcke zu Kunstwerken machen

Die neuen Kraftwerksblöcke in Niederaußem müssen Attraktionen mit Ausstrahlungskraft für die gesamte Region werden. Es ist nicht nur so, dass sich in diesen „Blöcken“ modernste Energietechnologie versteckt, mit ihren gewaltigen Ausmaßen – höher als der Kölner Dom – sind sie auch landschaftsprägend und weithin sichtbar. Die SPD sollte fordern, dass diese neuen Kraftwerksblöcke zu

Wahrzeichen unserer Region ausgebaut werden. Statt einer grauen Wellblechfassade wollen wir eine künstlerische Gestaltung, die weithin erkennbar macht, dass man sich im Herz einer der wichtigsten und modernsten Energieregion Europas befindet. Wir regen beispielsweise auf den Kraftwerksblöcken eine Aussichtsplattform und eine Lounge an, mit und von der man gerne die Region präsentiert. Bei einer Gesamtinvestition von knapp 2 Mrd. € pro Block muss das realisierbar sein.

5. Überblick über die Beschäftigungswirkung

Sowohl der Kraftwerksbau, aber auch der spätere Betrieb und die Wartung ist hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkung darzustellen. Die SPD hat positiv festgestellt, dass bei der Verwirklichung der Kraftwerksblöcke BoA II und III in Neurath ganz überwiegend Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen zum Zuge kamen. Bedauerlicher erscheint jedoch zunehmend die Beauftragung von Subunternehmern im laufenden Kraftwerksbetrieb. Die „rosa Ausweise“ sind häufig nicht in der Hand von deutschen Arbeitnehmern, so dass sich im Arbeits-Alltag des Kraftwerksbetriebs längst zwei Klassen gebildet haben. Wir erwarten von RWE nachweisbar mehr eigene Festanstellungen und Übernahmen von Auszubildenden.

6. Verantwortung über 2040 hinaus

RWE hat über viele Jahre in der Region Wertschöpfung betrieben. Die Menschen haben von der Braunkohle aber auch mit dem Bergbau und der Verstromung gelebt. Die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke verdanken ihren Aufstieg zu einem internationalen Energiekonzern ganz wesentlich auch dem linksrheinischen Braunkohlenrevier. Wenn nun der Gebietsentwicklungsplan (GEP) am Standort geändert wird, so ist dies eines der letzten Einflussmöglichkeiten der Politik auf das Unternehmen. Die SPD sollte daher an dieser Stelle sehr bewusst die nachhaltige Verantwortung der RWE AG für die Region einfordern. Wir wollen nicht, dass RWE nach 2040 hier seine unternehmerische Tätigkeit beendet. Uns ist natürlich klar, dass heute keine Investitions- und Beschäftigungszusagen für die kommenden 30 bis 40 Jahre getroffen werden können. Von einem Welt-Unternehmen wie RWE kann man aber erwarten, dass es in den kommenden Jahren auch Zukunftssparten insbesondere im Forschungs- und Entwicklungsbereich in der Region ansiedelt. Hier erwarten wir eine Perspektive des Unternehmens für sein langfristiges Engagement im Revier.

7. Engagement von RWE für die Region und die Menschen

Rekultivierung ist eines der besonderen Markenzeichen von RWE für den Braunkohlenbergbau bzw. die Natur in der Region. Die Menschen sind seit geraumer Zeit einem tief greifenden Strukturwandel unterworfen. Mitte den nun angebrochen Jahrhunderts ist abzusehen, dass hier erneute Brüche zu erwarten sind, der sich Politik und Gesellschaft schon heute stellen muss. Die SPD sollte daher ein verstärktes Engagement von RWE erwarten, diesen Strukturwandel im Revier selber mit zu gestalten. Insbesondere eine merkliche Beteiligung am Projekt „Regionale 2010“ und dem Planungsvorhaben „Terra Nova“ werden von uns erwartet. Hierbei geht es um

Investitionen in die Zukunft – das ist mehr als das Aufstellen von Parkbänken. Zudem erwarten wir, dass die in den letzten Jahren häufig vernachlässigte Arbeit zugunsten von Vereinen und Initiativen in den Kommunen weiter fortgesetzt wird. Nur so kann die notwendige Akzeptanz, auch für Entbehrungen, der Energiewirtschaft erhalten bleiben.

8. Zukunftsfonds für die Region

Wir sollten als Sozialdemokraten auch im Braunkohleausschuss bei der Bezirksregierung weiter darauf achten, dass die finanziellen Verpflichtungen des RWE Konzerns für die Zukunft unserer Region auch realisiert werden. Wir fordern daher den Ansatz, dass finanzielle Einsparungen durch Umplanung bei der Rekultivierung einem „Zukunftsfonds“ zugute kommen, der speziell für den Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier reserviert ist.

9. Wohnumfeldverbesserungen für die am stärksten betroffenen Wohngebiete

Für die am stärksten betroffenen Wohngebiete in Niederaußem, Auenheim und Rheidt-Hüchelhoven fordern wir konkrete Wohnumfeldverbesserungen durch finanzielle Beteiligungen an kommunalen Vorhaben (Bsp.: Umgehungstrassen). Eine Entschädigung privater Hauseigentümer, die durch den Bau zusätzlicher Kraftwerksblöcke eine Minderung ihres Immobilienwertes erfahren, oder auch Umsiedlungsangebote halten wir für dringend geboten.

10. Wirkungsgradverbesserung durch Fernwärme

Es ist schwer verständlich, warum andere, seit Jahrzehnten bestehende Braunkohlenkraftwerke, die seit Jahrzehnte Kraftwärmekopplung sinnvoll nutzen, einen weitaus höheren Wirkungsgrad aufweisen als die nun entstehenden modernsten neuen Großkraftwerke, die immer noch nicht die Möglichkeiten der Kraftwärmekopplung ausnutzen. Es muss endlich ernstzunehmende Konzepte geben, die die Abwärme der Kraftwerke besser nutzen. Es ist für das Unternehmen – aber auch für die Region – eine Schande, dass so viel Energie weiterhin durch den Kamin geht. Wir fordern daher einen umfassenden Plan zur konsequenten Nutzung von Fernwärme im Kraftwerksumfeld.

Anhang:

Hinweise zum Kraftwerkserneuerungsprogramm von 1994

Die von der SPD geführte Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat in der Regierungserklärung vom 24.09.1991 im Zusammenhang mit der Leitentscheidung zum Tagebauvorhaben Garzweiler II ihre Position formuliert, dass der unternehmerischen Verantwortung für einen innovativen, sparsamen und rationellen Umgang mit Energie als Beitrag zum Umweltschutz und zur Reduzierung klimarelevanter Emissionen eine besondere Rolle zukommt. Der Landtag hat dies in einer EntschlieÙung vom gleichen Tag bestätigt.

Die Verhandlungen zwischen Politik und RWE Energie AG sowie der Rheinbraun mündeten in der schriftlichen Vereinbarung vom 20.10.1994 in der Kriterien des Kraftwerkserneuerungsprogramms mit einem Investitionsvolumen von 20 Mrd. DM festgehalten wurden:

- Schrittweise Ersetzung der vorhandenen Braunkohlen-Kraftwerksblöcke durch Anlagen mit **besten aktuell zur Verfügung stehender Technologie**.
- Unverzügliche Errichtung eines 900 MW-Braunkohlenkraftwerks mit **optimierter Anlagentechnik (BoA)**. Der BoA-Block ging drei Jahre später als vereinbart ans Netz.
- Weiterentwicklung der **Kombikraftwerke mit integrierter Braunkohlevergasung (KoBra-Technologie)**. Die Realisierung wurde 1994 für 2004 angenommen. Im Rahmen der nun vom Unternehmen RWE nun verfolgten Clean-Coal-Strategie wurde aktuell die Entwicklung einer CO₂-Abscheidung zur Realisierung eines CO₂-armen Kraftwerks angekündigt. die damalige KoBra-Technologie wieder auf.
- Die Vereinbarung forderte eine **flächendeckende Wirkungsgradsteigerung** bei 21 vorhandenen Braunkohlen-Kraftwerksblöcken durch Verbesserung an den Dampfturbinen (Retrofit) bis 1997. Mit einem Investitionsvolumen von 281 Mio. € wurden insgesamt 26 Turbinen ertüchtigt.
- RWE Energie AG (jetzt RWE Power AG) hat sich verpflichtet, die **spezifischen CO₂-Emissionen aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahre 2030 um ca. 27 % zu reduzieren**. Das Unternehmen hat aktuell angekündigt durch eine de Verbrennung vorgeschaltete Trocknung von Braunkohle im so genannten WTA-Verfahren (Wirbelschichttrocknung mit interner Abwärmenutzung) eine Steigerung des Wirkungsgrades um rd. 4 Prozentpunkte und damit eine weitere Senkung der spezifischen CO₂-Emissionen möglich zu machen.
- Die Verpflichtung, eine **Wärmetransportleitung** vom Kraftwerksstandort Weisweiler nach Aachen, wurde erfüllt. Am Standort Weisweiler wird inzwischen eine thermische Leistung von 200 MW zur Versorgung des Umsiedlungsgebiets

Inden und zahlreicher Gewerbegebiete ausgekoppelt. Neben der genannten Fernwärmeleitung nach Aachen ist eine weitere Leitung zum Forschungszentrum Jülich in Betrieb genommen. Im Kraftwerk Frimmersdorf wurden die Fernwärmesysteme zur Versorgung städtischer Gebäude und von Industriebetrieben in den Grevenbroicher Ortsteilen Frimmersdorf, Gindorf und Gustorf erneuert. Zusätzlich wurde im Ortsteil Frimmersdorf ein flächendeckendes Fernheizwassernetz neu aufgebaut. Aus den Kraftwerken Niederaußem und Neurath werden anliegende städtische Gebäude und Industriebetriebe versorgt.

- Die Verpflichtung, im Jahr 1995 über die laufenden Programme KesS und ProKom hinaus ein weiteres **Förderprogramm für regenerative Energien und Energiesparmaßnahmen** in Höhe von 100 Mio. DM aufzulegen, hat das Unternehmen erfüllt. Die RWE Energie AG hat in 1995 mit Wirkung ab 1996 u. a. folgende Programme aufgelegt: Ein KesS-Folgeprogramm für Haushaltskunden über rd. 20 Mio. DM, ein Programm KesS Industrie über ebenfalls rd. 20 Mio. DM, ein ProKom-Folgeprogramm über rd. 50 Mio. DM sowie das Programm KesS Solar über rd. 25 Mio. DM.
- Die gefasste Zusage der damaligen Rheinbraun AG zur **Ausweitung des Braunkohleneinsatzes** von jährlich 17 Mio. t auf bis zu 25 Mio. t erfolgte unter der ausdrücklichen Annahme mittelfristig steigender Preise für Importenergien. Eine auf mittlere Sicht ansteigende Preisentwicklung deutete sich jedoch erst etwa 5 Jahre später an. Die Veredlungsprodukte der Braunkohle waren insbesondere in diesem Zeitraum einem verschärften Preiswettbewerb ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund sah sich das Unternehmen aus ökonomischen Gründen zu einem Ausbau von Kapazitäten nicht in der Lage. Es mussten vielmehr Produktionsanlagen und Marktanteile aufgegeben werden.

Bei der Vereinbarung des Kraftwerkserneuerungsprogramms handelt es sich nicht um eine an das Privatrecht angelehnte vertragliche Vereinbarung. Daher sind auch keine Instrumente vorgesehen, mit denen Vertragspartner zur Erfüllung von Pflichten gezwungen werden könnten. Nachfragen hat die Landesregierung mit dem Hinweis beantwortet, dass solche Instrumente entbehrlich sind, da die Partner des Kraftwerkserneuerungsprogramms in ihrer Interessenlage stark voneinander abhängig seien.